19. Wahlperiode

Drucksache **19/2766**

HESSISCHER LANDTAG

03.12.2015

HHA

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307

Inhalt des Antrags: **Abschaffung des Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler**

Einzelplan **08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 01 Ministerium
Buchungskreis: 2700

Kameraler Haushalt: **Beträge in EUR**

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	20.000	-12.000	8.000

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Da die Landesregierung über einen Staatssekretär und Bevollmächtigüten für Integration und Antidiskriminierung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration verfügt, ist der Bedarf für eine zusätzliche Position einer Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung, die ausschließlich für Belange von sogenannten Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern zuständig ist, nicht mehr gegeben, zumal sich die Aufgabenbeschreibung der Landesbeauftragten auf das Bundesvertriebenengesetz bezieht, das einen völkischen Charakter besitzt.

Wiesbaden, 02.12.2015

Für die Fraktion DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende

Willi van Ooyen

Eingegangen am 3. Dezember 2015 · Ausgegeben am 3. Dezember 2015
Herstellung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden · www.Hessischer-Landtag.de